

Bürger-Initiative
Lebenswertes Sulzbach
Keine Nord-Süd-Umgehung
Erhalt der Mainaue

www.sulzbach-main-umgehung.de

Frau Staatsministerin Kerstin Schreyer, MdL
Bayerisches Staatsministerium für Wohnen,
Bau und Verkehr
Postfach 22 12 53
80502 München

Per Mail voraus

Sulzbach, 01.03.2021

Ortsumgehung Sulzbach am Main, St 2309 Weitere Vorgehensweise

Sehr geehrte Frau Staatsministerin Schreyer,

wir wenden uns heute in oben genannter Angelegenheit als Bürger von Sulzbach am Main an Sie, um Sie um Unterstützung im Hinblick auf ein faires und transparentes Verfahren zu bitten.

Wie Ihnen aus den Schreiben der Gemeinde Niedernberg und des Marktes Sulzbach am Main bekannt ist, liegt Ihrem Ministerium derzeit eine gutachterliche Stellungnahme, beauftragt durch die Gemeinde Niedernberg, vor, die der durch das Staatliche Bauamt Aschaffenburg in Auftrag gegebenen Verkehrsuntersuchung, nach Überprüfung der Methodik, „grobe fachliche Mängel“ bescheinigt.

Das Staatliche Bauamt Aschaffenburg hat mit der Verkehrsuntersuchung der Firma T+T Verkehrsmanagement GmbH von 2018 ein Gutachten veröffentlicht, das zu völlig anderen Ergebnissen kommt als die ebenfalls vom Amt in Auftrag gegebene Voruntersuchung durch Brenner Plan GmbH aus 7/2015, ohne nachvollziehbar erläutern zu können, weshalb das neue Gutachten wirklichkeitstreuer sein sollte als das vorausgegangene. Das Staatliche Bauamt Aschaffenburg hat gleichsam ein Gegengutachten zu seinem ursprünglich beauftragten Gutachten aufgelegt. Die Differenz der verkehrlichen Wirkung der Nord-Süd-Tangenten zwischen beiden Gutachten beträgt rund 4.000 Kfz. Bezogen auf eine weitgehend unveränderte Belastung von 15.000 Kfz innerhalb Sulzbachs in beiden Gutachten sind das **über 25 %!** Diese Vorgehensweise kann nicht im Sinne nachvollziehbarer Planungen und im Interesse Sulzbachs liegen. Es ist nur folgerichtig, dass ein Fachgutachter eingeschaltet wurde, um zu klären, ob diese immense Erhöhung Bestand haben kann.

„Sulzbach will Lösungen und braucht diese bald“, schreibt Ihnen unser Bürgermeister. Wir haben als Bürgerinitiative immer dafür plädiert, sich frühzeitig und offen auszutauschen, sachlich die Differenzen weitestgehend zu klären – auch um dem Wunsch nach einer

Lösungsfindung gerecht zu werden. Was die zeitliche Schiene betrifft, hätte eine solche gutachterliche Stellungnahme im Planfeststellungsverfahren leicht zum Desaster werden können. Nun hingegen kann die planende Behörde noch reagieren.

Die von unserem Bürgermeister Martin Stock weiterhin angesprochene Einwohnerzahl, die günstige Lage in unmittelbarer Nachbarschaft zu Aschaffenburg und die gute Nahversorgungslage sind Punkte, die eine Nord-Süd-Tangente zur Lösung des Verkehrsproblems nicht aufgreifen kann und die weiterhin auch das Gutachten von T+T so angreifbar machen.

Eine hohe und ständig wachsende Zahl von Einwohnern produziert mehr Ziel- und Quellsowie innerörtlichen Verkehr, die Nahversorgungslage generiert zusätzlichen Verkehr, und die Nord-Süd-Tangente macht die rechtsmainische Zufahrt nach Aschaffenburg noch attraktiver. All dies führt zur bekannten Verkehrsbelastung. Die Vorzugstrasse löst die Problematik jedoch nicht, sie verschärft sie zum Teil noch.

Es ist zwar positiv zu vermerken, dass die Gemeinde Sulzbach die Suche nach Lösungen im Hinblick auf den Lärmschutz der betroffenen Anwohner diesseits wie jenseits des Mains ernst nimmt und auf technische Lösungen hofft. Bekanntermaßen sind diese jedoch an rechtliche Vorgaben und Regularien gebunden, die eine Realisierung für einen Großteil der Betroffenen wohl nicht in Aussicht stellt – auch nicht auf der Niedernberger Mainseite. Dies hat das Staatliche Bauamt Aschaffenburg im Rahmen der Vorstellung der Vorzugstrasse im Übrigen selbst angemerkt.

Dass die Gemeinde Niedernberg Bedenken betreffend vermeintlich unrichtiger Verkehrszahlen in ihrem (linksmainischen) Gemeindegebiet anstellt, steht dem Zweck der Maßnahme nicht entgegen, sondern dient ganz eindeutig dazu, Licht ins Dunkel der **tatsächlichen Entlastungswirkung aller Trassen** zu bringen, die gemeinsam mit dem Gemeindegebiet Niedernberg im Rahmen der Verkehrsuntersuchung betrachtet wurden. Die Aufnahme einer Trasse in den Flächennutzungsplan zu einer Zeit, in der Natur- sowie Trink- und Hochwasserschutz in Bayern kaum ein Thema waren und das FFH-Gebiet im Betrachtungsraum der Vorzugstrasse noch nicht einmal ausgewiesen war, wird schon seit langem angeführt, um die Trassenwahl zu rechtfertigen. Diese muss sich heute jedoch anderen Prüfkriterien stellen, insbesondere da die Trasse den Verkehr auf einem Großteil ihrer Streckenführung nur um einen Häuserblock verlagert, manche Anwohner der derzeitigen ST2309 nach dem Bau der Vorzugsvariante den Verkehr sogar vor und hinter dem Haus haben werden. Massiven Verkehrslärm und eine fühlbare Beeinträchtigung der Lebensqualität werden diese Anwohner also auch weiterhin haben, gemeinsam mit den Bürgern, die neue Beeinträchtigungen hinzubekommen werden. Die Frage nach der Wirkung der Trasse ist aus diesem Grund sowohl zur Berechnung neu hinzukommenden Lärms relevant, aber auch dahingehend, wieviel Lärm überhaupt entnommen werden kann. Lärm von 10.000 Fahrzeugen oder von 6.000?

Auch wenn Bürgermeister Stock bemerkt, dass den derzeit am Verkehrslärm leidenden Menschen das Verhalten der Gemeinde Niedernberg vielleicht nur schwer verständlich sein könnte, ist es dennoch in Deutschland juristisch verankert, dass mit Grundbesitz auch Rechte einhergehen. Hierbei stellt der Gesetzgeber nicht die Frage, welche Bedeutung das Grundstück für den Eigentümer hat.

Wie unsere Heimatgemeinde Sulzbach, die ohne Vorliegen einer einzigen gutachterlichen Stellungnahme, frühzeitig die Nord-Süd-Tangente Variante 1b – mit einer Verschränkung ins Mainvorland - zu ihrer Wunschtrasse erkoren hat, hat die Gemeinde Niedernberg offen und zeitnah ihre Einstellung zu den Nord-Süd-Trassen deutlich gemacht. Dies ist für die Planer, wie Eingangs bereits ausgeführt, sogar hilfreich – im Gegensatz zu überraschenden Einwendungen im weiteren Verlauf des Verfahrens.

Gespräche im Verlauf der Planungen sind gut und richtig. Das in Gesprächsrunden vereinbarte Vorgehen sollte dann jedoch auch eingehalten werden. Leider ist dies nach dem gemeinsamen Treffen im Landratsamt Miltenberg nicht vollumfänglich erfolgt und war deshalb Grund für die Beauftragung eines externen Gutachters durch die Gemeinde Niedernberg.

Bürgermeister Stock kommt in seinem Schreiben immer wieder auf die Hemmnisse im Hinblick auf die städtebauliche Entwicklung in Sulzbach zurück. Die Vorzugstrasse des Staatlichen Bauamtes Aschaffenburg wird jedoch kaum großen Einfluss auf die städtebaulichen Planungen im Ortskern haben, da ein Großteil der jetzigen ST 2309 nicht zur Gemeindestraße abgestuft werden kann. Das städtebaulich geförderte Projekt der Umgestaltung des Areals an der Anna-Kirche in Sulzbach wird auch weiterhin durch die starke verkehrliche Belastung der Kreisstraße (MIL 11) beeinträchtigt sein, da die Nord-Süd-Tangente dort für keinerlei Entlastung sorgen kann. Weiterhin sollte man doch eigentlich zum Schluss kommen, es liege im Interesse städtebaulicher Planungen der Gemeinde Sulzbach zu wissen, wie viele Fahrzeuge nun tatsächlich im Ort verbleiben werden und dass die Klärung dieser Frage nicht verteufelt, sondern begrüßt werden sollte. Städtebauliche Entwicklung mit 5.000 Fahrzeugen auf der alten Durchgangsstraße sehen sicher anders aus als solche mit 9.000. „Das haben wir uns aber anders vorgestellt“, sollte nach dem Bau der Ortsumfahrung tunlichst nicht das Resümee bei Betrachtung des Ist-Zustandes sein.

Was die Verknüpfung von Bahn, Straße und Fahrrad angeht, so ist deren Umsetzung **sicher nicht** an den Bau einer Nord-Süd-Tangente gebunden. Dieser Ansatz bringt - ob mit oder ohne Bau einer Ortsumfahrung - durchaus sinnvolle Aspekte mit sich und könnte mit manch' anderer Variante nicht nur zur nachhaltigen Aufwertung Sulzbachs sondern auch zur Verbesserung der Situation für derzeit nicht so gut angebundene Gemeinden beitragen. Allein die Nord-Süd-Trassen jedoch werden mit der Bahn in Konkurrenz treten und damit dem Wunsch mehr Fahrten auf die Schiene zu verlagern massiv entgegenstehen. Ein Gewinn für Sulzbach und die Region? Sicher nicht!

Überhaupt ist die Planung der Ortsumfahrung Sulzbach am Main – wie sich derzeit erneut zeigt – kein Thema, das nur für unsere Heimatgemeinde von Bedeutung ist. Mit der Beauftragung eines regionalen Siedlungs- und Mobilitätskonzeptes (REMOSI) haben die beiden Landkreise Miltenberg und Aschaffenburg die Zeichen der Zeit erkannt und eine großräumige Betrachtungsweise für die Weichenstellungen der Zukunft gewählt. Dass Projekte wie die Nord-Süd-Tangente Sulzbach hierbei als „gesetzt“ gelten, ohne dass bereits Baurecht erteilt worden wäre, ist aus unserer Sicht ein absolut falscher Ansatz.

Wir fühlen uns durch das Ergebnis der gutachterlichen Stellungnahme in unserer Einschätzung zur ins Verfahren eingebrachten Verkehrsuntersuchung bestätigt. Unsere Argumente hatten wir der Regierung von Unterfranken bereits ausführlich im Schreiben vom 28.7.2019 mitgeteilt, woraufhin sich diese jedoch der Meinung des Staatlichen Bauamtes Aschaffenburg angeschlossen hat. Aus diesem Grund sind wir sehr gespannt zu hören, wie die Beurteilung des Staatsministeriums ausfallen wird.

Sehr geehrte Frau Staatsministerin, laut Aussage des Staatlichen Bauamtes Aschaffenburg **„soll das Verkehrsmodell von T+T die Realität idealisiert abbilden.“**

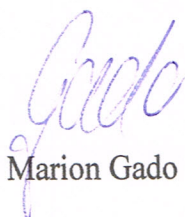
Um die Verkehrsverlagerungen beziffern zu können, um darauf aufbauend notwendige Anschlüsse und Bauwerke planen zu können, um mögliche innerörtliche Veränderungen ins Auge fassen und Lärmwerte berechnen zu können, um die Kosten und Eingriffe der Maßnahme ihrem Nutzen gegenüberzustellen, bedarf es jedoch eines Modells, das so konzipiert ist, dass es möglichst realitätsnah und verlässlich den Ist-Zustand wiedergibt.

Ein Verkehrsmodell, das Wirkungen besser darstellt oder noch schlimmer, besser darstellen soll, als sie in Wirklichkeit sein werden, kann nicht Basis solch bedeutsamer Planungen sein!

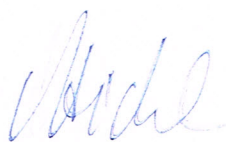
Wir bitten Sie deshalb darum, sich für eine nachvollziehbare Aufarbeitung der im Raum stehenden Unstimmigkeiten einzusetzen.

Straßen bauen wir nicht für die nächsten Jahre, sie werden für die kommenden Generationen gebaut, und ihnen gegenüber haben wir eine Sorgfaltspflicht, der wir alle nachkommen sollten – welche Lösungen wir auch immer befürworten.

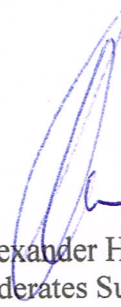
Mit freundlichen Grüßen



Marion Gado



Andrea Heidel



Alexander Hess

(beide Mitglied d. Marktgemeinderates Sulzbach am Main)

Bürgerinitiative Lebenswertes Sulzbach
Keine Nord-Süd-Umgehung
Erhalt der Mainauen

Eine Abschrift des Schreibens geht an:

Herrn Berthold Rüth, MdL
Frau Kerstin Celina, MdL
Herrn Dr. Gerald Pittner, MdL
Herrn Dr. Helmut Kaltenhauser, MdL
Frau Martina Fehlner, MdL
Herrn Prof. Dr. Winfried Bausback, MdL
Frau Staatsministerin Judith Gerlach, MdL
Herrn Jens Marco Scherf, Landrat
Herrn Jürgen Herzing, Oberbürgermeister
Herrn Martin Stock, Bürgermeister
Herrn Jürgen Reinhard, Bürgermeister
Herrn Michael Schüßler, Bürgermeister